

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Seite 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

40. Jahrgang.

Nr. 81.

Donnerstag, den 13. Juli

1893.

Der zweite diesjährige

Bezirkstag

wird
Sonnabend, den 22. Juli l. J., von 4 Uhr Nachm. an
im Sitzungssaale der unterzeichneten Behörde abgehalten werden.

Die Verhandlungen sind öffentlich.
Schwarzenberg, am 10. Juli 1893.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fhr. v. Wirking.

Bekanntmachung.

Die Einzelübungen der städtischen Pflichtfeuerwehr finden
in nachfolgender Reihenfolge und zwar jedesmal **Abends 1/2 8 Uhr** statt:

am 11. Juli d. J. Spritze I.
" 13. " " " II.
" 17. " " " III.
" 20. " " " IV.
" 24. " " " V.

Die Mannschaften stellen hierzu am Magazingarten. **Abzeichen sind anzulegen. Unentschuldigtes oder nicht genügend entschuldigtes Ausbleiben, verspätetes Erscheinen, sowie jeder Ungehorsam gegen die Vorgesetzten, insbes. das Rauchen im Dienste wird unmissverständlich mit Geldstrafe bis zu 10 Mark oder entsprechender Haft bestraft.**

Entschuldigungen sind rechtzeitig bei den betreffenden Zugführern anzubringen.
Eibenstock, den 7. Juli 1893.

Der Rath der Stadt.

Dr. Körner.

Hans.

Deutschland und der Silbersturz.

„Am Golde hängt, nach Golde drängt doch Alles!“
singt schon Gretchen im „Faust“ und man könnte
das auch auf die Finanzpolitik der Neuzeit übertragen,
die das mehrtausendjährige Reich des Silbergeldes
zu Grunde gehen läßt, um der Goldwährung allge-
meine Anerkennung zu verschaffen.

Für den „kleinen Mann“ ist die Währungsfrage
ein Buch mit sieben Siegeln. Ob er ein Zehnmars-
stück, 10 einzelne Markstücke oder 2 Fünfmars-
scheine sein eigen nennt — er besitzt zehn Mark.
Für den Welthandel und den Verkehr im großen
gestaltet sich die Sache indessen in ganz anderer
Weise und für den Einsichtigen, der den Gang der
Dinge aufmerksam verfolgt, war die jetzt eingetrete-
ne Silberkrise ein Ereigniß, das nicht überraschend
gekommen ist, wenngleich ein äußerlicher Anlaß
sein Eintreten beschleunigte. Die indische Regierung
hat nämlich vor wenigen Wochen die bis dahin
freigegebene Ausprägung des Silbers für private
Rechnung verboten. Und das war notwendig, wenn
Indien, das reichste Land der Welt, nicht dem
finanziellen Ruin entgegengeführt werden sollte.

Sehen wir erst einmal zu, wodurch das Silber
in neuerer Zeit so bedeutend an Werth verloren hat.
Zunächst dadurch, daß mehrere Weltmächte die
Goldwährung einführen, wodurch eine stärkere
Nachfrage nach Gold entstand, Silber aber dem
Verkehr entzogen wurde. Sodann nahm auch die
Silbergewinnung einen gewaltigen Umfang an
(in den letzten sieben Jahren stieg dieselbe jährlich
von 2% auf 4 1/4 Million Kilogramm); es kam also
weit mehr Silber auf den Weltmarkt, als dieser
aufnehmen mochte. Diese Produktionsvermehrung
aber hatte ihren Grund in der Verbesserung der
Technik; das Silber wird fast niemals in ge-
legentlichem Zustande gefunden; es muß immer
erst „gewonnen“ werden und darin hat die
Technik gewaltige Fortschritte gemacht, denen
die erwähnte Mehrerzeugung zu danken ist.

Andererseits verhält es sich mit dem Golde.
Werden neue Goldgruben aufgefunden, so steigt
natürlich auch die Goldproduktion und der
Goldwerth sinkt. Das dauert aber nur so lange,
bis die höher gelegenen Goldadern erschöpft
sind. Dann tritt wieder der regelmäßige und
für Goldbergwerke besonders charakteristische,
äußerst langsame Abbau in sein Recht.

Deutschland, das Goldwährung hat, wird von
der gegenwärtigen Silberkrise so gut wie gar
nicht berührt. Die Lage ist aber auch jetzt
durchaus ungeeignet, eine Aenderung unseres
Währungssystems vorzunehmen.

Zur Zeit kostet die Standard-Unze Silber in
London etwa 34 Pence. Vor einigen Tagen war
sie bereits auf 30 Pence herabgesunken. Sie kann
und wird wahrscheinlich künftig ebenso tief oder
noch tiefer sinken. Dieser Preisstand des Silbers
bedeutet, daß der tatsächliche Werth unserer
silbernen Reichsmark etwa 50 Pfennige Gold
beträgt. Unsere Silbermark gilt eben eine
Mark Gold nur deshalb, weil unser Staat
verpflichtet und jederzeit in der Lage ist, die
Silbermark in Gold vollwertig einzulösen, d. h.
weil wir eben Goldwährung haben. Führen wir
die Silberwährung wenn auch nur in der ab-
geschwächten

Form der Doppelwährung ein, so hätten wir
noch die Silbermark als gesetzliches Zahlungsmittel.
Dann müßte, alle übrigen Verhältnisse gleich-
gesetzt, die Baluta gegenüber den Baaren, den
Immobilien und den Arbeitelöhnen im Preise
allmählich um die Hälfte sinken. Es würden
sich also die Arbeitelöhne verdoppeln. Doch
hätten die Arbeiter nichts davon, da sich auch
die Preise der Nahrungsmittel und Verbrauchs-
gegenstände verdoppeln würden.

Einen einmaligen Vortheil hätte ein Theil
der Grundbesitzer und zwar nur derjenige, dessen
Güter verschuldet sind. Ein Gut im Werthe von
300,000 M., das mit 100,000 M. Hypothek be-
lastet ist, würde alsdann 600,000 M. werth sein.
Die Schuld aber würde nach wie vor 100,000 M.
betragen. Dem betreffenden Gutbesitzer gehörte
also früher 2/3 des Werthes seines Grund und
Bodens zu eigen. Nach Einführung der Silber-
währung würde er 1/3 desselben eigenthümlich
besitzen. Er könnte also, ohne verhältnißmäßig
die Höhe seiner Verschuldung gegen früher zu
vergrößern, ganz bequem noch weitere
100,000 M. Hypothek aufnehmen. Die
Hypothekengläubiger und sonstigen Rentenbesitzer
würden verlieren, da sich der reelle Werth und
die Kaufkraft ihres Hypothekenscheines um die
Hälfte vermindert hätte. Denn mit den
100,000 M., die seine Hypothek werth ist, könnte
er infolge der Entfernung der Baluta jetzt nur
halb so viel kaufen als früher, da ja alle
Baaren und aller Grundbesitz jetzt doppelt
so viel kosten als ehemals.

Verlieren und ins bitterste Elend gestochen
würden ferner alle kleinen Beamten und Staatsdiener,
da sie nun ihr Gehalt in Silber ausgezahlt
erhielten und infolge der Verdoppelung des
Preises aller Nahrungs- und Bedarfsmittel nur
halb so viel kaufen könnten als früher. Selbst
der freikonservative Abg. Dr. Arendt, der
bekannte Anhänger der Silberwährung, hat
erklärt, daß zur Zeit eine Aenderung unseres
Währungssystems gänzlich aussichtslos sei.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Man hält es nicht ganz für
ausgeschlossen, daß die Reichstagsession schon
am nächsten Sonnabend zu Ende kommt. Es
müßte dann freilich bei der weiteren Behandlung
der Militärvorlage fast auf jede Erörterung
verzichtet werden; die Neigung zu langen
Reden ist aber auch nirgends mehr groß.
Auch müßten bei dem Nachtragsetat die
Fristen abgeklärt werden. Jedenfalls wird
der Reichstag spätestens in den ersten Tagen
der nächsten Woche geschlossen, nicht vertagt
werden. Von Anträgen kommen nur noch die
auf die Futternoth bezüglichen zur Verhandlung.
Die bayerischen Abgeordneten sind wegen
der Landtagswahlen fast sämmtlich abgereist.

— Berlin. Der Kaiser empfing Montag
Mittag das Präsidium des Reichstages; er
unterhielt sich längere Zeit mit den Herren
und kam auch auf die Militärvorlage zu sprechen.
Der Kaiser wies auf die militärischen
Beförderungen hin, welche in den Nachbar-
reichen erfolgt seien; zur Aufrechterhaltung
des Friedens sei es notwendig, daß wir
gleichen Schritt bielten und unsere
wirthschaftlichen Verhältnisse erforderten
dringend die Beruhigung,

welche allein durch Annahme der Militärvorlage
geboten würde. Der Kaiser betonte, wie schnell
in Frankreich das Cadres-Gesetz alle Stadien
durchlaufen habe und wie dort den militärischen
Forderungen gegenüber sich niemals eine
Opposition geltend gemacht habe. Nach
mehreren historischen Exkursen berührte
der Kaiser auch die Futternoth; was möglich
sei, müsse durch die Reichs- und Staats-
behörden geschehen, um zu helfen, um
schlimmeren Folgen vorzubeugen. Der
Kaiser äußerte die Hoffnung, daß der
Reichstag seine Beratungen schnell zum
Abschluß bringen werde, damit bei der
vorgezeichneten Jahreszeit auch den
Parlamentariern bald die erwünschte
Erholung zu Theil werde. Er selbst werde
vor Erledigung der Militärvorlage keine
Reise antreten. An den Empfang durch
den Kaiser schloß sich die Vorstellung des
Reichstagspräsidiums bei der Kaiserin.

— In ähnlicher Weise, wie seinerzeit durch
den Brief des Prinzregenten von Braunschweig
Prinzen Albrecht von Preußen bekannt
geworden ist, scheint der Großherzog von
Sachsen, der als alter Freund des Fürsten
Bismarck gilt, für eine Versöhnung des
Kaisers mit dem Fürsten Bismarck thätig
zu sein. Darauf deutet anscheinend die
jetzige Rundreise des Großherzogs bei den
süddeutschen Höfen, und es ist nicht
unbemerkt geblieben, daß Excellenz
von Brauer, der politische Vertrauensmann
des Großherzogs von Baden, vor Kurzem
der Gast des Fürsten Bismarck in
Friedrichsruh war.

— In einem dieser Tage erschienenen
englischen Blaubuche werden die Diäten
zusammengestellt, die bei den verschiedenen
Parlamenten in Geltung sind. Danach
werden die höchsten Diäten von den
beiden größten Republiken, von den
Vereinigten Staaten und von Frankreich,
gegeben. Der große amerikanische Staat
vergütet seinen Mitgliedern jährlich
5000 Dollars, gleich 21,000 M., zahlbar
monatlich, ferner eine Reisekostenvergütung
von 50 Pf. pro Kilometer und überdies noch
500 M. für „Porti und Papierauslagen“. Bei
dem völligen Mangel von Staatsbahnen
kann das Fehlen von Eisenbahnfreifahrten
nicht auffallen. Der zweitnächste Staat
an Liberalität ist Frankreich. Es zahlt
seinen Abgeordneten jährlich 9000 Frs.,
gleich 7200 M., gewährt freie Fahrt in
der 1. Wagenklasse auf allen Staatslinien
und auch auf den Linien der Privatbahnen
gegen die rein nominelle Vergütung von
10 Frs. monatlich. Ungarn gewährt
4000 M. jährlich, ferner ca. 800 fl. für
Miethe, ein billiges Abonnementbillet
auf den Staatslinien und das eigenartige
Privilegium, daß der Abgeordnete auf
den Privatbahnen eine höhere Klasse
benutzen darf, als sein Billet lautet.
Egypten gewährt seinen Kairoer
Abgeordneten 1800 M. Entschädigung;
5000 M. und die Reisepesen werden den
Provinzialmitgliedern gezahlt. Die
Niederlande geben den Mitgliedern
der zweiten Kammer 2000 fl. jährlich
und die Reisepesen, während die
Mitglieder der ersten Kammer nur
10 fl. täglich erhalten. Griechenland
zahlt trotz seiner Finanznöthe 1400 M.
für eine ordentliche Session und 800 M.
für eine außerordentliche. In
Schweden geht das Oberhaus leer
aus, während das Unterhaus 1330 M.
für die Session an seine Mitglieder
gelangen läßt, mit der bemerkenswerthen